

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungsamt für das Erzgebirge
Postfach 100
Leipzig

Verantwortlich: Expedient Auergebirge, Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach 100, Leipzig Nr. 100

Nr. 120

Freitag, den 23. Mai 1924

19. Jahrgang

Kreditnot.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Nur langsam, aber doch deutlich sichtbar, beginnt in Deutschland der Prozess einer neuen Kapitalbeschaffung in Gang zu kommen. Eine überaus verdienstvolle Mittlerrolle erfüllen dabei die Sparkassen, die auch kleine und kleinste Beiträge zu diesem aufbauenden Werk heranzuführen. Auch die großen Versicherungsgesellschaften, die eine Zeit lang für die Anlage der ihnen ständig zufließenden sehr erheblichen Barmittel die sicherer erscheinenden Devisen bevorzugten, gehen erfreulicherweise mehr und mehr dazu über, durch Benutzung von Goldnoten diese Beträge der Wirtschaft und dem Aufbau eines neuen Kapitals nutzbar zu machen. Vor allen Dingen aber bemühen sich die verantwortlichen Stellen Reichsbank und Reichswirtschaftsministerium, durch Aufklärung und durch praktische Förderung den Prozess der Kapitalbeschaffung anzuregen und zu fördern. Ein sehr wirksames Mittel ist in dieser Richtung die Erhöhung der Haben-Zinsen. Durch sie wird der Teil der Wirtschaft, der noch immer den Sachwerten eine heute ganz übertriebene Bevorzugung gegenüber dem geldlichen Kapital einräumt, vor die Frage gestellt, ob es nicht ratsamer ist, absolut sicher angelegtes Kapital Zinsen tragen und jederzeit greifbar zur Hand zu haben, als große Warenvorräte im Speicher aufzustapeln.

Gleichviel, die Schaffung von neuem Betriebskapital für die Wirtschaft steht noch sehr in ihren Anfängen, und die Verschaffung von Krediten ist außerordentlich schwierig. Die mißlichen Folgen dieser Tatsache bekommen einzelne Unternehmungen immer wieder sehr schmerzhaft zu spüren, und der Deffektivität bemächtigt sich dann von Fall zu Fall eine unerkennbare Erregung und Besorgnis und es wird einer Erleichterung der Kreditgewährung das Wort geredet. Diese Stimmen sind psychologisch verständlich, aber man sollte sich hüten, aus Einzelfällen oerallgemeinernde Schlüsse und Folgerungen abzuleiten. Die restriktive Kreditpolitik der Reichsbank hat durchaus überzeugende Gründe, und wer diesen Gründen nachgeht, wird ohne Zweifel zu der Erkenntnis kommen, daß die Absicht, diese Methode zunächst fortzusetzen, durchaus berechtigt ist. Von allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, beginnt sie bereits ihre ersten Früchte zu zeitigen. Vor allem auf dem Devisenmarkt, wo der Anfall von Devisen erheblich zugenommen, die Anforderung dagegen wesentlich gesunken ist, so daß von einer Börse auf die übermächtige Zuteilung z. B. in Dollar von 1 auf 3 Prozent erhöht, also verdreifacht werden konnte. Man rechnet auf Grund dieser Entwicklung damit, daß in absehbarer Zeit eine volle Zuteilung der angeforderten Devisen möglich werden wird.

Erfüllt sich diese Voraussetzung, so ist damit ein Fortschritt von größter Tragweite erzielt. Alle die mit der Devisenknappheit zusammenhängenden preissteigernden Erscheinungen, die Disparitätsklauseln, Risikozuschläge und was noch sonst werden verschwinden und damit wird die Möglichkeit gegeben sein, die bisher überhöhten Preise der ausländischen Konkurrenz anzupassen. Die Rückwirkung dieser Möglichkeit wiederum auf die Gestaltung der Handelsbilanz leuchtet ohne weiteres ein, und es bedarf keines Wortes, daß es ein Ziel von lebendiger Bedeutung ist, sobald als möglich aus der auf die Dauer untragbaren Passivität der Handelsbilanz herauszukommen. Die Hemmung für die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse die heute in den übermäßigen hohen Preisen liegt und den Aufschwung verhindert, wird wegschlagen und ebenso auf der anderen Seite der Anreiz zum Export ausländischer Erzeugnisse, durch den die Passivität vergrößert wird, so kann die letzte Auswirkung der gegenwärtigen und noch für absehbare Zeit beachtlichen Kreditpolitik eine für die Wirtschaftslage Deutschlands, für die Stärkung seiner Leistungsfähigkeit und damit für die Förderung seines Wiederaufbaus und Wiederaufstiegs im höchsten Grade segensreiche sein.

Es gehört allerdings dazu, daß sich die Einsicht in die Notwendigkeiten, die hier angedeutet wurden, der gesamten Schicht des Handels und der Wirtschaft in Deutschland bemächtigt. Noch immer begegnet man, wie schon angedeutet wurde, in recht beträchtlichen Kreisen einer Ueberschätzung der Sachwerte, die von einem erfahrenen Beurteiler der Verhältnisse mit dem treffenden Schlagwort „Sachwertwahn“ gekennzeichnet worden ist. Diese in den hinter uns liegenden Zeiten des Währungsverfalls gewiß gerechtfertigte Bevorzugung sachlicher Werte hat heute keine innere Berechtigung mehr. Im Gegenteil, wer sich heute noch immer an die Aufpufferung großer Warenlager wagt, statt mit seinen Waren auf den Markt zu gehen und sich dessen Verhältnissen anzupassen, der wird wohl oder übel die Erfahrung machen müssen, daß er damit ebenso gegen die Interessen der Allgemeinheit handelt, wie gegen seine

eigenen. Das Bestere gilt namentlich auch für die fast durchweg ganz unberechtigte Unterschätzung von Effekten gegenüber Waren.

Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt immerhin eine gewisse Erleichterung auf dem Kreditmarkt, und wenn sich die Dinge so gestalten, wie es die Hoffnungen der verantwortlichen Stellen ist, und wie es im Vorstehenden als durchaus möglich dargelegt wurde, so ist für die Zeit einer gelicherten Stabilität der Devisenkurse auch durchaus mit einer Erleichterung der Kreditbedingungen zu rechnen. Ueber den Betrag von zwei Milliarden Goldmark hinaus, für den die Reichsbank heute Wechsel diskontiert hat, und der das Friedensverhältnis um etwa 50 Prozent überschreitet, wird man nicht gehen können, wenn man die Währung nicht gefährden will. Andererseits hat die Goldkreditbank bereits drei Millionen Pfund ausgegeben und weitere sehr umfangreiche Kredite bewilligt, und auch bei den bisher geäußerten privaten Auslandskrediten scheint man um die dabei stets bedenklichen Punkte, überhöhte Zinsätze usw. herumgekommen zu sein. Man hat, trotz einzelner Fälle von harten Schwierigkeiten, den Eindruck, daß der jetzt gegangene Weg der richtige ist und weiter verfolgt werden soll.

Einladung der Mitte an die Deutschnationalen.

Berlin, 22. 5. Die Führer der parlamentarischen Mittelparteien haben, einer Anregung der Deutschen Volkspartei folgend, aus der neuen Lage, die sich aus dem Scheitern der gestrigen Verhandlungen ergeben hat, die Folgerung gezogen, daß die Anregung zu neuen Verhandlungen nunmehr von der Mitte auszugehen habe. Daher traten heute vormittag die Fraktionsvorsitze des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu gesonderten Besprechungen zusammen. Der Fraktionsvorsitz der Volkspartei beschloß, die Vertreter der Mittelparteien heute nachmittag zu Besprechungen einzuladen, in denen darüber beraten werden soll, ob man nunmehr die Deutschnationalen zu neuen Verhandlungen einladen solle. Da sowohl der Vorstand des Zentrums der Einleitung neuer Verhandlungen mit den Deutschnationalen sympathisch gegenübersteht, und auch von den Demokraten keine Schwierigkeiten erwartet werden, kann man damit rechnen, daß die Besprechungen zwischen den Mittelparteien und den Deutschnationalen morgen wieder aufgenommen werden. Wenn davon gesprochen wird, daß das Kabinett Marx vielleicht doch im Amt bleiben und die Entscheidung über sein Schicksal dem Reichstagsplenum überlassen wolle, so kann ein derartiger Plan nur als letzte Möglichkeit gewertet werden, falls die Verhandlungen zwischen den Fraktionsführern ergebnislos verlaufen sollten.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat die Einladung zu einer Besprechung auf Freitag vormittag 10 Uhr angenommen. Das Thema ist: „Besprechung über die Fragen der Regierungsneubildung“. Mit dieser allgemeinen Fassung ist nach der Meinung der Deutschnationalen ausgesprochen, daß alle darauf bezüglichen Fragen zur Besprechung kommen sollen und nicht etwa die Personenfrage ausgeschlossen ist.

Der neue Reichsetat.

Der Reichsfinanzminister hat einen neuen Reichsetat aufgestellt, der nach dem Plan vom 1. April aufgestellt ist und die durch den Personal- und Verwaltungsabbau erzielten Ergebnisse sowie die am 1. April eingetretene allgemeine Erhöhung der Gelder und Abnahme der Ausgaben. Nach dem neuen Entwurf erfordert der Etat des Reichspräsidenten einen Aufschuß von rund 250 000 Mark. Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsanwalts und der Reichskasse einen solchen von rund 870 000 Mark. Die Ausgaben für Meer und Marine sind auf 450 Millionen veranschlagt, davon entfallen auf die Marine rund 100 Millionen Mark. Das Ministerium für die besetzten Gebiete, für das zum ersten Male ein eigener Etat aufgestellt ist, das aber als künftig wegfallend bezeichnet wird, erfordert einen Aufschuß von rund 8 Millionen Goldmark. Das Reichsjustizministerium hat sogar Ueberschüsse zu verzeichnen. Hier stehen den Ausgaben von rund 7 Millionen Mark Einnahmen von rund 8 Millionen Mark gegenüber. Von den Einnahmen sind bemerkenswert, Gerichtsstellen in Höhe von 400 000 Mark und die Einnahmen an Patentgebühren in Höhe von rund 15 Millionen Goldmark. Der Reichstag erfordert einen Aufschuß von rund 4 Goldmillionen. Die Aufwandsentschuldung für Reichstagsabnehmern, die für das einzelne Mitglied 818 Mark pro Monat beträgt, erfordert rund 1 800 000 Goldmark. Für die Gewährung von Freischaftsheimen an die Reichstagsabnehmern verlangt die Reichsbahn rund 1 Million Goldmark. Der allgemeine Pensionsfonds schließt mit einem Aufschuß von 804 Goldmillionen. Da die Etats des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums der Be-

grüßung des Reichsrats und des Reichstags nicht mehr unterliegen, ist dem Reichsrat nur ein Nachweis über das erforderliche Ministergehalt vorgelegt worden.

Enthaltungen Koste über die Welfen.

Die Eröffnungssitzung des hannoverschen Provinzialparlamentes am 20. Mai stand im Zeichen der Vorabstimmung in Hannover. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den deutsch-hannoverschen Abgeordneten und dem Oberpräsidenten Koste. Als von jener Seite erklärt wurde, daß die deutsch-hannoversche Partei die Vorabstimmung nicht als ordnungsgemäß anerkenne, machte Koste folgende aufsehenerregende Mitteilungen:

Die deutsch-hannoversche Partei hat Aktien stellen lassen oder gestohlene Aktien zur Verfertigung gebracht. Die „Hannoversche Landeszeitung“ hat ein ganzes Bündel gestohlene Aktien veröffentlicht. Beamte der Reichspost wurden verhaftet, das Postgeheimnis zu brechen. Eine Depesche von ihm sei unterschlagen und der Landesregierung ausgetragen worden. Diese Übelthaten Treiber haben die deutsch-hannoversche Partei, deren Führer einen ehrlichen Kampf proklamiert haben, gebedt.

Ein Sachverständigengutachten über die Rechtslage im Ruhrstreik.

Auf die vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Frage: Welche Arbeitszeit galt am 1. Mai 1924 im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau für die Arbeiter unter Tage?, haben die im Reichsarbeitsministerium einberufenen Sachverständigen das folgende Gutachten beschlossen:

Am 1. Mai 1924 war die Arbeitszeit in folgender Weise geregelt:

1. die Normalarbeitszeit betrug 7 Stunden nach Maßgabe des § 2 des Manteltarifs;
2. zugleich bestand die Verpflichtung zur Leistung einer Ueberstunde nach Maßgabe des Tarifabkommens vom 29. November 1923;
3. bei der Schwierigkeit der rechtlichen Beurteilung ist nicht anzunehmen, daß die Weigerung der Arbeitnehmer zur Leistung der Ueberstunde auf ein schuldhaftes, vertragswidriges Verhalten zurückzuführen ist.

Das vorstehende Gutachten von fünf hervorragenden und anerkannten Juristen schafft endlich Klarheit über die Frage, welche Arbeitszeit nach Uebereinkunft des Schiedspruches vom 16. Mai im Ruhrbergbau besteht. Es beweist die Unhaltbarkeit des Arbeiterhandbundes, daß ab 1. Mai die Unternehmer lediglich die siebenstündige Arbeitszeit des Manteltarifs vom Dezember 1923 fordern dürften. Der letzte Absatz des Gutachtens erleichtert den Gewerkschaften sehr den notwendigen Entschluß, und bedeutet zugleich eine Aufforderung an die Unternehmerschaft, von Maßregelungen lediglich aus Anlaß des Arbeitskampfes Abstand zu nehmen.

Bahnhof und Rathaus in Altenessen besetzt.

Altenessen, 22. 5. In der siebenten Abendstunde haben starke kommunistische Truppen in Altesessen Bahnhof und Rathaus besetzt. In Witten fanden Zusammenstöße der Kommunisten mit der Polizei statt. Die Demonstranten konnten aus der inneren Stadt verdrängt werden, wobei es acht Verletzte gab. Die Lage ist sehr ernst, da die Kommunisten ihre Anhänger seit gestern abend in geschlossenen Hundertschaften am Homberger Bahnhof sammeln.

Der Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker)

Nach dieser Tage in einer Vertreterkonferenz, seiner Hauptvorstände Stellung zu den schwebenden Fragen der Arbeiterbewegung. Der Vorsitzende des Zentralrats Gieseler referierte über die allgemeine wirtschaftliche Lage. Er führte den gegenwärtigen schweren Arbeitskonflikt im Bergbau zum Teil auf die Unhaltbarkeit unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zurück. Aus den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Franz Neustadt ging hervor, daß die Gewerksvereine über die schweren organisatorischen und sozialen Erschütterungen der letzten Jahre ohne Schädigung der Stärke der Organisation hinweggekommen sind, und daß die jetzt wieder eingetretene Stetigkeit zu der Hoffnung auf baldige Wiederherstellung der alten Stützkräfte berechtigt.

Demokratische Tagungen.

Der zweite deutsche Kulturtag der Deutschen Demokratischen Partei findet vom 18.-19. Juni in Breslau statt. Es sollen dort Fragen der Erziehung und Bildung, sowie der Erhaltung der Kultur der breiten Volksschichten behandelt werden. Auskunft erteilt der Kulturausschuß der D.D.P., Berlin S.W. 11, Bernburger Straße 18.

Kur
20.00
8.00
8.00
0.08
0.10
0.25
0.80
0.48
0.45
0.45
E
Best!